

SPD nimmt Stellung zu einer möglichen Wählergemeinschaft

„Wir bekommen keine kalten Füße“

Lünen. „Wir sind davon überzeugt, das politische Konzept für die positive Entwicklung Lünens zu haben, das die Zustimmung der Mehrheit der Lüner Bürgerinnen und Bürger findet“, erklärte der Vorsitzende der Lüner SPD Jürgen Kleine-Frauns zu der Ankündigung einer möglichen Gründung einer Wählergemeinschaft.

„Kalte Füße“, so der SPD-Vorsitzende, „bekommt die SPD wegen einer eventuellen Gründung einer Wählergemeinschaft jedoch nicht“.

Die Wählergemeinschaft werde ihre bisher ausschließlich destruktive Argumentation aufgeben und sich an den Realitäten ausgerichteten Diskussionen stellen müssen. Die von den Initiatoren öffentlich anerkannte Verpflichtung der vermeintlichen Wählergemeinschaft, auf allen kommunalpolitischen Feldern mitzuarbeiten, bietet nach Ansicht von Klei-



Bild: Archiv

ne-Frauns in Lünen konkret die Chance für eine Versachlichung der Auseinandersetzung. Die Entwicklung Lünens dürfe sich eben nicht auf eine in erster Linie emotionale Betrachtung von Einzelprojekten beschränken, sondern müsse am Ganzen ausgerichtet sein. „Wenn auch dies von der Wählergemeinschaft erkannt wird, sind wir in jedem Fall zu einem konstruktiven Dialog bereit“, so der Stadtverbandsvorsitzende weiter.

Gespannt sei die SPD darauf, wie die Wählergemeinschaft die breite Palette der übigen kommunalpoliti-

schen Handlungsfelder zum Wohle der Lüner Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln gedenke. Spätestens hier, so gibt sich Kleine-Frauns optimistisch, werde sich zeigen, dass die SPD die besseren Alternativen zu bieten habe.

Da die Wählergemeinschaft sich nur dann gründen wolle, wenn der Rat ein Bürgerbegehren ablehnt, könne er nicht ausschließen, dass die Ankündigung nur ein weiteres Mittel zur Verunsicherung der Bürger sei. Die Initiatoren der Wählergemeinschaft wüssten, dass der Rat das freiwillige Bürgerbegehren ablehnen werde, weil die Frage, die zur Abstimmung gestellt werden solle, nicht in Lünen, sondern von der Bezirksregierung in Arnsberg entschieden werde. „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es das eigentliche Ziel der Initiatoren ist, eine Kluft zwischen den Bürgern und ihren Ratsvertretern herbeizureden, die tatsächlich nicht vorhanden ist“.